

dabei gerade wegen seiner bei Carson wirksamen uneindeutigen Position zwischen Natürlichkeit und Künstlichkeit produktiv.

Der Begriff wird, dies ist für die weitere Entwicklung entscheidend, in diesen Kontexten in einer doppelten Bedeutung verwendet: es gibt konkrete *environments* als Umgebungen lokaler Lebewesen und zugleich ein allgemeines, geteiltes *environment*. Der Begriff wird parallel in einer konkreten und in einer abstrakten Bedeutung verwendet, um eine übergeordnete Einheit von *environments* zu kennzeichnen, die zusammen ein schützenswertes *environment* ausmachen. Diese Parallelität der je spezifischen *environments* und des *environments* ist für die weitere Geschichte des Begriffs von entscheidender Bedeutung, denn sie erlaubt Eingriffe in die konkreten, lokalen *environments* und zugleich die Bezugnahme auf ein globales, allumfassendes *environment*, das es zu schützen gilt.

5.2 Ressourcen der Kommodifizierung – *environmental policy* um 1970

Auch an den beiden im Folgenden diskutierten unterbrochenen Stellungnahmen aus dem Jahr 1970 wird dieser neue Einsatz des Begriffs deutlich. Anhand dieser konträren Positionen, die in diesem und im an ein kurzes Intermezzo zu den Ambivalenzen des *environmentalism* folgenden Kapitel erläutert werden, kann jene Konstellation skizziert werden, in der vor dem Hintergrund der Imperative des *environmentalism* die Gestaltung von *environments* zu einer Aufgabe des Designs und somit zu einer Produktionsweise wird, die Konsum im Sinne Hays sicherstellen soll. Während der *environmentalism* im Anschluss an Carson Ökologie von Ökonomie lösen will, wird in diesen beiden Beispielen bei sich widersprechenden Vorzeichen ihre Untrennbarkeit deutlich.

Auf der einen Seite steht die Unterzeichnung des *National Environmental Policy Act* durch Richard Nixon (sowie die vorangehenden Debatten und die anschließenden Reden an die Nation), auf der anderen Seite eine von Jean Baudrillard verfasste Botschaft an die TeilnehmerInnen der Aspen Design Conference, die sich dem Thema *Environment by Design* widmet. Diese beiden Positionen aus dem Jahr 1970 – die eine am Beginn der neoliberalen Transformation von Regierungsmacht, die andere mit marxistischem Anspruch und poststrukturalistischer Argumentation – bieten sich für eine vergleichende Lektüre an, weil sie trotz ihrer sich ausschließenden Perspektiven ein ähnliches Ziel formulieren: die Formation einer neuen, anderen Gesellschaft. Beide Positionen reagieren auf die Auseinandersetzungen, zu denen Carsons Buch führt. *Environmental design* liefert, wie im Anschluss anhand der Arbeiten des Architekturtheoretikers Reyner Banham und des Universalisten Buckminster Fuller gezeigt wird, den Schlüssel zur Gestaltung einer solchen Gesellschaft. Die ursprüngliche Spannung zwischen diesen Positionen hält bis heute

an und tritt auch in gegenwärtigen Debatten zu Tage, wenn Umweltschutz selbst zur Industrie wird.

Nixon wie Baudrillard suchen nach einer Lösung für die ökologischen Herausforderungen, wählen jedoch, vereinfacht gesagt, konträre Einschätzungen der zugrundeliegenden Ökonomie. Während in Nixons Gesetzgebung Natur zum Zwecke ihres Schutzes ökonomischen Regeln unterworfen und zum Gegenstand von modifizierenden, in ihren bewahrenden Motiven zugleich wertschöpfenden Eingriffen durch *environmental management* wird, kritisiert Baudrillards Brief eben diese Kommodifizierung als Ausdruck der inneren Widersprüche des Kapitalismus. Diese würden sich auch in den vornehmlich linken Umweltschutzbewegungen widerspiegeln. Beide Positionen ähneln sich darin, dass sie überkommene Verhaltensweisen und das Verhältnis westlicher Gesellschaften zum *environment* neu prägen wollen. Im Falle Nixons geht dies mit einer neuen Technologie des Politischen – dem Schutz von Ressourcen mit dem Ziel ihrer endgültigen Kapitalisierung – und im Falle Baudrillards mit einer neuen Politik der Technologie – der Umstülpung der Produktionsverhältnisse – einher.

Symbolträchtig von Ende 1969 auf den 1. Januar 1970 verlegt, unterzeichnet Richard Nixon im ersten politischen Akt der neuen Dekade den *National Environmental Policy Act*, das erste allgemeine Gesetz in der Geschichte der USA, durch welches das *environment* als Ganzes unter Schutz gestellt wird.³⁹ Bereits im Februar läuft ein umfangreiches landesweites Programm zur Verbesserung der Luft- und Wasserqualität sowie zur Neuregelung der Abfallentsorgung an.⁴⁰ Das Jahr endet in dieser Hinsicht mit der Gründung des dem Präsidenten unterstellten Environmental Quality Council sowie etwas später der Environmental Protection Agency (EPA). Die Politik reagiert damit auf die unter anderem seit dem Erscheinen von *Silent Spring* die Öffentlichkeit beherrschenden Debatten über Pestizide und ihre Verbreitung in Ökosystemen. Kurz nach ihrer Gründung verbietet die EPA die von Carson attackierte Verwendung von DDT.

Die Weichen für diese Politik werden im Juli 1968 gelegt, als ein von Lynton Caldwell und William van Ness organisiertes *Joint House-Senate Colloquium to Dis-*

39 Vgl. Hillstrom, Kevin (Hg., 2010): *U.S. Environmental Policy and Politics. A Documentary History*. Washington, CQ Press sowie Fairfax, Sally K./Russell, Edmund (Hg., 2014): *Guide to U.S. Environmental Policy*. Los Angeles, CQ Press. Weltweit, auch in Deutschland, werden zu dieser Zeit staatliche Institutionen zum Umweltschutz gegründet (vgl. Hünemörder, Kai F. (2004): *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950-1973)*. Stuttgart, Steiner). Ursprünglich stammt der Gesetzesentwurf von den demokratischen Senatoren Henry M. Jackson und Edmund Muskie (vgl. Schulz-Walden (2013): *Anfänge globaler Umweltpolitik*. S. 60).

40 Vgl. Nixon, Richard (1970): *Special Message to the Congress on Environmental Quality, February 8, 1970*. Washington, The White House. <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=2757>, letzter Zugriff am 23. Mai 2019.

cuss a National Policy for the Environment stattfindet. In diesem Rahmen plädiert vor den versammelten Vertretern zahlreicher Ministerien und Regierungseinrichtungen eine Reihe von Ökologen für eine Stärkung der Rolle der Ökologie in politischen Entscheidungsprozessen. In diesem Kontext werden die Grundrisse der künftigen *environmental policy* verhandelt und zugleich die Förderung des wissenschaftlichen Großprojekts International Biological Program mit vielen Millionen Dollar in Aussicht gestellt.⁴¹ Die in diesem Programm geförderten Projekte zur Erforschung von Ökosystemen werden von der Ökosystem-Ökologie dominiert, und auch die Odum-Brüder spielen eine wichtige Rolle. Die im Bericht abgedruckten Statements der Politiker und die schriftlichen Stellungnahmen der Ökologen gehorchen einer Antragsrhetorik und führen vor, welche gesellschaftliche Bedeutung sich die Ökologie nunmehr selbst zuschreibt.

Die Politik, deren Rahmenbedingungen auf dem Kolloquium abgesteckt werden, ist eine Politik des *environmental managements*. Die *National Policy for the Environment* umfasst von Beginn an aktive Maßnahmen des Managements natürlicher Umgebungen. So heißt es, um nur eine der Stimmen zu zitieren, im Statement von Donald F. Hornig, dem Direktor des Office for Science and Technology und früherem Berater des Präsidenten Lyndon B. Johnson: »We must get the philosophy of environmental improvement, of environmental management, into all of our activities.«⁴² Der bewahrende Impuls ist ständig begleitet von planerischem Optimismus. Auf die gleiche Weise argumentiert der Caldwell und van Ness verantwortete *Special Report* an das zuständige Komitee des Senats, der die zukünftige Gesetzgebung in die Wege leiten soll: »A national policy for the environment could provide the conceptual basis and legal sanction for applying to environmental management the methods of systems analysis and cost accounting that have demonstrated their value in industry and in some areas of government.«⁴³ Angesichts der Evidenz der Umweltzerstörung wird *environmental management*, das in der Beendigung zerstörerischer Tätigkeiten, im Wiederaufbau und der Vitalisierung beschädigter Öko-

41 Die Entstehung dieses Programms und seine wissenschaftspolitische Bedeutung sind bereits ausführlich untersucht in: McIntosh (1985): *The Background of Ecology*. S. 219ff; Kwa, Chunglin: »Representations of Nature Mediating Between Ecology and Science Policy. The Case of the International Biological Programme«. In: *Social Studies of Science* 17/3 (2016), S. 413-442; Kalen, Sam: »Ecology Comes of Age. NEPA's Lost Mandate«. In: *Duke Environmental Law & Policy Forum* 21/3 (2010), S. 113-163.

42 Hornig, Donald F.: »Statement«. In: Senate Committee on Interior and Insular Affairs and the House Committee on Science and Astronautics (1968): *Joint House-Senate Colloquium to Discuss a National Policy for the Environment*. Washington, US Government Printing Office, S. 30-34. Hier: S. 31.

43 Caldwell, Lynton/van Ness, William: »A National Policy for the Environment. Report«. In: Senate Committee on Interior and Insular Affairs and the House Committee on Science and Astronautics (1968): *Joint House-Senate Colloquium to Discuss a National Policy for the Environment*. Washington, US Government Printing Office, S. 87-128. Hier: S. 100.

systeme sowie in der Suche nach weniger schädlichen Technologien besteht, als alternativlos dargestellt. Der Weg zu dieser Gestaltung von Umgebungen wird in der Anwendung neuer Technologien zur Fundierung systemorientierter Erklärungen für die Wechselwirkungen zwischen *environments* und Organismen gesucht: »The methods of systems analysis, cybernetics, telemetry, photogrammetry, electronic and satellite surveillance, and computer technology, are now being applied to a wide range of environmental relationships.«⁴⁴

Im Kern geht es bereits hier um die Anpassung der von allen Beteiligten als notwendig angesehenen Maßnahmen an wirtschaftliche Interessen, denn das Management von Ressourcen dient durch ihren Schutz auch ihrer besseren Nutzbarmachung: »The policy question is not whether payment shall be made; it is when payment shall be made, in what form, and how the costs are to be distributed.«⁴⁵ Das Thema *environment* rückt, so kann man aus dem Report schließen, nur unter der Prämisse in den Fokus der Politik, dass die sich aus der ökologischen Katastrophe ergebende ökonomische Katastrophe bei der Fortsetzung des eingeschlagenen industriellen Weges unvermeidlich ist.

Den Anhang des Reports bilden zahlreiche Statements von namhaften Ökologen vor allem aus dem Umfeld des International Biological Programs, aber auch vom Außenseiter Buckminster Fuller – dazu später mehr –, die ihre Rolle in der neuen Ausrichtung der Politik auf »the ecological management of the world in which we live«⁴⁶ zu definieren versuchen. Ihr Tenor lautet, dass allein eine systemorientierte Ökologie diese Erwartungen erfüllen kann. In einem Statement mit dem Titel »The Importance of Ecology and the Study of Ecosystems« benennt Frank Blair im Namen der Ecological Society of America die Möglichkeit dazu: »When a theory of ecosystem emerges, it will be one of the major synthesizing ideas in science, perhaps rivaled only by the theory of evolution through natural selection in this respect.«⁴⁷ Um dieses Programm umzusetzen, wird von Blair zum einen die Förderung von theoretischer Grundlagenforschung und zum anderen die Unterstützung durch neue Technologien angeführt, vor allem der Einsatz von Computersimulationen. Das mit dem Systemansatz einhergehende Versprechen auf Vor-

44 Ebd., S. 110.

45 Ebd., S. 99.

46 Gates, David M.: »Communication to the Colloquium«. In: Senate Committee on Interior and Insular Affairs and the House Committee on Science and Astronautics (1968): *Joint House-Senate Colloquium to Discuss a National Policy for the Environment*. Washington, US Government Printing Office, S. 174-179. Hier: S. 179.

47 Blair, Frank/Auerbach, Stanley I./Gates, David M./Inger, Robert F./Ketchum, Bostwick H.: »The Importance of Ecology and the Study of Ecosystems«. In: Senate Committee on Interior and Insular Affairs and the House Committee on Science and Astronautics (1968): *Joint House-Senate Colloquium to Discuss a National Policy for the Environment*. Washington, US Government Printing Office, S. 154-158. Hier: S. 157.

herschlagbarkeit komplementiert das Bestreben der Politik, Entscheidungsprozesse abzusichern und überzeugt die Drittmittelgeber davon, dass durch ökologisch geschulte Eingriffe destabilisierte Systeme zurück in ihr Gleichgewicht gebracht werden können. So setzt sich der Ökosystem-Ansatz auch institutionell gegenüber alternativen Ansätzen der Ökologie durch.

Eine Ölkatastrophe vor der Küste Santa Barbaras im Jahr 1969 und die mangelhafte staatliche Reaktion darauf machen schließlich politischen Maßnahmen im Sinne dieses Kolloquiums endgültig opportun.⁴⁸ Die öffentlichen Demonstrationen, in denen sich seitdem das Thema Umweltschutz mit dem Widerstand gegen den Vietnam-Krieg und der Angst vor der Atombombe vermischt, scheinen in der Lage, die politische Kräftelage umzukehren. Zugleich erweist sich eine am *environment* ausgerichtete Politik auch als Möglichkeit, die durch den Vietnamkrieg gesplante Nation mit einem Ziel zu vereinen, das kaum Widerspruch erlaubt. Der Historiker J. Brooks Flippin hat Nixons Politik daher als Versuch beschrieben, das Momentum des gesellschaftlichen Drucks für die eigene Position zu nutzen, indem durch entsprechende Maßnahmen das Thema *environment* besetzt, die Regierung selbst zum Vorreiter in Sachen Umweltschutz erklärt und die Gegenseite mit der Politik eines *fait accompli* überrumpelt wird.⁴⁹ So ambivalent man Nixons Regierungszeit auch bewerten mag, die eingeführten Regulationsinstrumente und Institutionen sind bis heute international vorbildhaft, eröffnen sie doch, wie Flippin hervorhebt, eine diplomatische Ebene für *environmental protection* auch auf globaler und nicht mehr nur regionaler Ebene.⁵⁰

Unabhängig von den sich ergebenden umweltpolitischen Konsequenzen und dem weiteren Verlauf globaler Interventionen wird bei einer genauen Lektüre der Begründung für diesen Politikwechsel und der damit einhergehenden Rhetorik deutlich, wie in diesem Rahmen das *environment* als Gegenstand von Regulationen gedacht und dies politisch umgesetzt wird. Die Idee seines Managements lässt sich reibungslos mit dem Programm seiner Ökonomisierung vereinbaren. Das Management und die Kontrolle von *environments* werden zu regulativen Instrumenten der Politik.

Besonders deutlich wird diese Entwicklung, wenn man sie in den Kontext vergangener Umweltpolitik in den USA stellt. Bereits 1965 hatte Lyndon B. Johnson in einer Rede mit dem Titel »Conservation and Restoration of Natural Beauty« angesichts der mit der (Sub-)Urbanisierung einhergehenden Zerstörung der Natur ähnliche Maßnahmen wie Nixon angekündigt und von 1963 bis 1967 eine Reihe von

48 Vgl. zur Entwicklung der nordamerikanischen Politik bis dahin Rome: »Give Earth a Chance« sowie Schulz-Walden (2013): *Anfänge globaler Umweltpolitik*. S. 58.

49 Flippin, J. Brooks (2000): *Nixon and the Environment*. Albuquerque, University of New Mexico Press. S. 52f.

50 Vgl. Flippin, J. Brooks: »Richard Nixon, Russell Train, and the Birth of Modern American Environmental Diplomacy«. In: *Diplomatic History* 32/4 (2008), S. 613-638.

Gesetzen erlassen, die sich jedoch aus der Sicht von Nixons Regierung als nicht wirksam genug erweisen. Die Maßnahmen Johnsons, die vor allem ein gesetzliches Instrumentarium zur Verfolgung von Luft- und Wasserverschmutzung, die Einrichtung neuer Naturschutzgebiete sowie den Schutz bedrohter Arten umfassen, gehorchen der Idee einer konservierenden, das Bestehende unter Schutz stellenden Politik und stehen tendentiell noch in der Tradition des von Hays beschriebenen *conservationism*. Auf diese Weise setzt Johnson die Politik Kennedys fort, der 1962 zur ersten *White House Conference on Conservation* einlädt und mit Stewart Udall einen Innenminister ernannt, der bis 1969 die Grundlagen der von Nixon aufgenommenen *environmental policy* legt.⁵¹ Bei Nixon hingegen tritt der Ansatz einer aktiven Gestaltung von *environments* zur Konsolidierung des Konsums als Wohlfahrtsfaktor in den Vordergrund, mit dem sich das Thema 1970 auf eine neue Weise politisch nutzbar machen lässt.

Der Abstand von fünf Jahren zwischen den Reden Johnsons und Nixons zeigt große konzeptionelle Differenzen – Begriffe und Rhetorik könnten kaum unterschiedlicher ausfallen. Als Ziel seiner Umweltschutzmaßnahmen benennt Johnson »man's opportunity to be in contact with beauty.«⁵² An die Stelle dieser romanisierten Vorstellung einer Naturästhetik, die der »inner prosperity of the human spirit«⁵³ diene, tritt bei Nixon das Ziel einer optimierten Produktivität. Die formulierte Intention des von ihm auf den Weg gebrachten Gesetzes lautet: »encourage productive and enjoyable harmony between man and his environment«⁵⁴. Schönheit, bei Johnson noch »natural resource«⁵⁵, spielt bei Nixon nur in »recreational areas«⁵⁶ eine Rolle und dient damit der Wiederherstellung von Arbeitskraft. Harmonie wird zum Indikator von Produktivität. Johnson spricht nur nebensächlich von *environment*, stattdessen ist von der »total relation between man and the world around him«⁵⁷ die Rede. Bei Nixon hingegen läuft das ganze Gesetz unter diesem Namen.

In einer kurzen Zeit nach der Unterzeichnung des Gesetzes gehaltenen *State of the Union*-Rede fordert Nixon vor dem Kongress am 22. Januar 1970, Wasser und Luft nicht mehr als Gemeingüter zu betrachten, weil dies auch bedeute, dass jeder

51 Vgl. Rome: »Give Earth a Chance«. S. 532.

52 Johnson, Lyndon B. (1965): *Special Message to the Congress on Conservation and Restoration of Natural Beauty*, February 8, 1965. Washington, The White House. <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=27285>, letzter Zugriff am 23. Mai 2019.

53 Ebd.

54 United States (1969): *National Environmental Policy Act*. http://www.energy.gov/sites/prod/files/nepapub/nepa_documents/RedDont/Req-NEPA.pdf, §4321, letzter Zugriff am 23. Mai 2019.

55 Johnson (1965): *Special Message*.

56 Nixon, Richard (1970): *Annual Message to the Congress on the State of the Union, January 22, 1970*. Washington, The White House. <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=2921>, letzter Zugriff am 23. Mai 2019.

57 Johnson (1965): *Special Message*.

sie ungestraft verunreinigen könne. Stattdessen plädiert er dafür, sie angesichts der zunehmenden Verschmutzung als knappe Güter zu behandeln und entsprechend zu regulieren. »We can no longer afford to consider air and water common property, free to be abused by anyone without regard to the consequences.«⁵⁸ Die Verschmutzung von Luft und Wasser ist, so kann man aus Nixons Worten lesen, ein Effekt ihrer allgemeinen Verfügbarkeit als Gemeingut, das nicht nur dem individuell notwendigen Gebrauch zur Verfügung steht, sondern qua Gemeingut auch der kommerziellen und industriellen Ausbeutung. Nixon zufolge droht diese freie Nutzung, das Gemeingut zu zerstören, weshalb gesetzliche Reglementierungen und umfangreiche Investitionen notwendig seien. Mit dem Environmental Quality Council wird daher durch das Gesetz ein bis heute bestehendes, vom Präsidenten ausgewähltes Gremium eingerichtet, das entsprechende Richtlinien und Regularien für alle staatlichen Einrichtungen verabschieden und die Regierung beraten soll. Damit wird ökologische Planung vor der Umsetzung industrieller Vorhaben verpflichtend. Ende 1970 wird auch die Environmental Protection Agency gegründet, welche von wirtschaftlichen Interessen losgelöst die Umweltschutzgesetze umsetzen und entsprechende Programme durchführen soll.

Der Ansatz der in Nixons Rede vorgestellten Politik besteht darin, Luft und Wasser, aber auch alle anderen natürlichen Bedingungen menschlichen Lebens durch ihre Knappheit zu definieren. Die Zerstörung des *environments* führt Nixon auf unbedachte industrielle Tätigkeit zurück, die nun, so die Bilanzrhetorik, in Rechnung gestellt werden müsse. Dadurch werden diese Gemeingüter in handelbare Waren verwandelt, deren Wert sich an ihrer Verfügbarkeit bemisst. *Environmental protection* ist für Nixon in all ihren Imperativen, die die Politik nunmehr erreichen, nur möglich im Rahmen der neoliberalen Kapitalisierung von Ressourcen. Der Architekturtheoretiker Reinhold Martin hat diese Politik als »translation of probabilistic financial projections through such techniques as cost-benefit analyses and risk-reward calculations«⁵⁹ beschrieben und gezeigt, wie in der Konsequenz das *environment* selbst zum Gegenstand ökonomischer Spekulation wird. Jede umweltpolitische Maßnahme wäre im Rahmen der von Nixon entworfenen Politik darauf zu prüfen, ob die Investitionskosten in einem sinnvollen Verhältnis zum ökonomischen Ertrag stehen und welche Risiken sich ergeben. Ausbeutung wird auf diese Weise an das Nachwachsen von Ressourcen gekoppelt und somit zwar reguliert, ohne jedoch den Rahmen der Ökonomie zu verlassen – eine Praktik, die im um die Jahrtausendwende eingeführten Emissionshandel ihren Höhepunkt

58 Nixon, Richard (1970): *Annual Message*. Vgl. dazu Martin, Reinhold: »Environment, c. 1973«. In: *Grey Room 14/Winter* (2004), S. 78-101 sowie Clark, Ray/Canter, Larry (Hg., 1997): *Environmental Policy and NEPA. Past, Present, and Future*. Boca Raton, Lucie

59 Martin: »Environment, c. 1973«. S. 80. Martin untersucht die Subjektivierungsweisen dieser Politik und stellt sie in den Kontext der Architektur- und Designtheorien dieser Zeit. Im Folgenden geht es darum, diese Perspektive um eine ökologiehistorische Dimension zu erweitern.

gefunden hat. Anstatt das Gemeingut als Grundrecht zu verstehen, das allen Menschen zugänglich sein soll, schlägt Nixon vor, Luft und Wasser – vom Ökosystem ist keine Rede – als knappe Güter zu behandeln, die entsprechend ökonomischen Prinzipien zu unterliegen hätten: »Instead, we should begin now to treat them as scarce resources, which we are no more free to contaminate than we are free to throw garbage into our neighbor's yard.«⁶⁰ Die Freiheit des Marktes als neoliberalen Ideal kann nur erreicht werden, wenn aus der Natur durch Reglementierung ein Markt gemacht wird. Ein von Nixon präsentierte politisches Instrument zu diesem Zweck besteht darin, in die Kalkulation von Preisen die Kosten der Entsorgung der Waren bzw. der Wiederherstellung des *environments* einfließen zu lassen. An die Stelle der Internalisierung der Kosten der Umweltzerstörung durch die Industrie tritt ihre Weitergabe an die Verbraucher. Die »natural beauty«, die den Horizont von Johnsons Politik bildet, kann nicht auf diese Weise extrahiert und zur Ware werden.

Aus dem Gemeingut, das aus Nixons Sicht wie selbstverständlich auch industrieller Ausbeutung zur Verfügung steht, wird so ein politisch reguliertes und damit lediglich durch seinen ökonomischen Nutzen, jedoch nicht durch seine Qualität als Gemeingut definiertes Objekt: »The answer is not to abandon growth, but to redirect it.«⁶¹ Begrenzt sind nur die Ressourcen, nicht aber das Wachstum. Den Umgang mit dieser Grenze muss die Wirtschaft lernen, um weiterhin zu wachsen. An die Stelle eines von ökonomischen Imperativen geleiteten Verhaltens, das die Gemeingüter Luft und Wasser als Quelle individuellen Reichtums ansieht und ausbeutet, soll, so kann man Nixon lesen, eine Kommodifizierung des *environments* treten, die ebenfalls eine Ökonomisierung des Verhaltens impliziert. So entsteht das von Martin als Effekt dieser Politik beschriebene »subject at and of risk, an only apparently stable subject, who in practice occupies the position of a variable or a parameter in a complex ecological and economic calculation«⁶². Im Zuge der von Nixon vorgeschlagenen Kommodifizierung wird jedoch nicht nur das Verhalten des Menschen an die Erfordernisse bedrohter *environments* angepasst, sondern diese werden selbst zu modifizierbaren, d.h. austausch- und damit tauschbaren Objekten. Man soll *environments* handeln können. Dies wiederum wird von Nixon auf der Ebene individueller Verantwortung verankert: »Each individual must enlist in this fight if it is to be won.«⁶³ Die persönliche Verantwortung wird entsprechend als ökonomische Verpflichtung markiert: »Improving our surroundings is necessarily the business of us all.«⁶⁴ Die Ökologie, um die es hier geht, ist nur als Ökonomie denkbar.

60 Nixon (1970): *Annual Message*.

61 Ebd.

62 Martin: »Environment, c. 1973« S. 80.

63 Nixon (1970): *Annual Message*.

64 Nixon (1970): *Special Message*.

Die Kehrseite des umfassenden Umweltschutzes, den Nixon fordert, ist die Ökonomisierung des *environments*, in dem alles nach seinem finanziellen Wert beurteilt wird. Politische Regulierungen und Interventionen, wie sie seitdem zu den primären Aufgaben entsprechender staatlicher und internationaler Institutionen zählen, sind in Nixons Vorstellung zwar Gegenmittel gegen die hemmungslose Ausbeutung von Ressourcen, zugleich aber Instrumente, mit denen aus Ressourcen ökonomische Werte gemacht werden können. Unter dem Deckmantel der Knappheit versteckt sich die

Möglichkeit einer nunmehr geregelten und an das Nachwachsen von Ressourcen angepassten Ausbeutung. Das Überleben, um das es in diesem Kontext geht, ist das Überleben des Industriekapitalismus. Strategisch nutzt der Republikaner Nixon den von allen Seiten aufbrausenden Wunsch nach einer nachhaltigen Politik für die eigenen Zwecke und vereinnahmt die Opposition des *environmentalism* – wenn auch nicht nachhaltig. Umweltschutz wird zum staatlichen Projekt, nicht zuletzt, so Flippen, um den zahlreichen aktivistischen Gruppen, die in den 1960er Jahren entstanden sind, entgegenzuwirken.⁶⁵

5.3 Ambivalenzen des *environmentalism*

Die Bedrohung des *environments* wird, wie der Soziologe Riley Dunlap gezeigt hat, in den USA in nationalen Umfragen seit den späten 1960er Jahren zu den dringlichsten Problemen der Politik gezählt, obwohl der Begriff erst einige Jahre zuvor erstmals als Option auf den Fragebögen auftaucht.⁶⁶ Eine Analyse der Worthäufigkeit mit Google Ngram zeigt, wie sich die Nennungen von *environment* in den 1960er Jahren verdoppeln und *environmental protection* oder *environmental design* überhaupt erst zum Thema werden. Seit 1970 verfügt die *New York Times* über eine eigene Rubrik für Artikel zum Thema *environment*.⁶⁷ Politik und Öffentlichkeit können sich der Evidenz der Umweltzerstörung nicht entziehen. Dieses gesellschaftliche Interesse spiegelt vor allem in den USA eine überbordende Forschungstätigkeit. 1974 veröffentlicht die nunmehr etablierte Environmental Protection Agency eine Bibliographie aller zugänglichen Arbeiten zur Bedeutung des *environments* für die *social sciences*, deren Umfang von 860 Seiten und knapp 5000 Texten – naturwissenschaftliche Veröffentlichungen nicht mitgezählt – aus den vorherigen Jahren ein Indiz für diese Explosion ökologischer Wissensbestände auch außerhalb ihres angestammten akademischen Kontextes ist.⁶⁸ Dass gleichsam aus dem Nichts

65 Vgl. Flippen (2000): *Nixon and the Environment*.

66 Vgl. Dunlap: »Trends in Public Opinion Towards Environmental Issues«.

67 Vgl. Luke: »On Environmentality«, S. 60.

68 Vgl. Morrison, Denton E./Hornback, Kenneth/Warner, W. Keith (1974): *Environment. A Bibliography of Social Science and Related Literature*. Washington, US Environmental Protection Agency.